**Gewerkschaftskartell Biel**

**Protokoll der Vorständekonferenz des Gewerkschaftskartells**

**14. Juli 1942, 20 Uhr, Unionssaal Volkshaus**

Der Vorsitzende Kollege Josef Flury eröffnet um 20.15 Uhr die Sitzung. Es sind (…) Sektionsvertreter anwesend.

Kollege Josef Flury erinnert daran, dass die ordentliche Generalversammlung die Beitragsfrage für das Jahr 1942 offen gelassen hat. Heute kommt der Vorstand nach reiflichen Erwägungen dazu, eine Beitragserhöhung zu beantragen. Es sei jetzt 10 Jahre her, dass das Gewerkschaftskartell ein Ständiges Sekretariat mit einer Rechtsauskunftsstelle unterhalte. Damals betrugen die Beiträge Fr. 2.10 für männliche und Fr. 1.05 für weibliche Mitglieder, inbegriffen den Beitrag an den Bildungsausschuss von 20 Rappen pro Mitglied. Unterdessen sind die Aufgaben des Gewerkschaftskartells gewachsen. Im Jahr 1939 wurde die Beitragsfrage neu geregelt. Es wurde ein genau umschriebenes Einzugsgebiet festgelegt. Die Beiträge wurden auf Fr. 2.- für männliche und Fr. 1.- für weibliche Mitglieder reduziert. Aber gleichzeitig wurde der Beitrag für das kantonale Gewerkschaftskartell von 20 resp. 10 Rappen pro Mitglied übernommen. Dadurch trat ein Effektiver Verlust für das Gewerkschaftskartell von 30 Rappen pro Mitglied ein. Die erhoffte bessere Vertretung der Mitglieder der beiden grossen Verbände SMUV und SBHV ist leider nicht zur Tatsache geworden. Seither ist auch das Salär des Sekretärs vertragsgemäss gestiegen. Die Teuerung bedingt ebenfalls Zulagen an den Sekretär. Das Gewerkschaftskartell lebt nun seit Jahren von der Hand in den Mund. Es kann so nicht mehr gehen, wenn wir das hauptamtliche Sekretariat weiterführen wollen.

Kollege Josef Flury ersucht die Anwesenden, ihre Sektionsvorstände vor der Delegiertenversammlung über die Situation im Gewerkschaftskartell aufzuklären. Er teilt mit, dass der Kartell-Vorstand beschlossen hat, die Zahlungen an das kantonale Gewerkschaftskartell vorläufig einzustellen, bis zum Abschluss der Beitragsfrage. Im weiteren weist der Vorsitzende auf die beiden vorliegenden Budgetentwürfe 1942/1943 hin, die von Kassier Kollege Jakob Brunner und Sekretär Kollege Emil Brändli aufgestellt worden sind.

Kollege Brunner erläutert seinen Budgetentwurf, der eine Erhöhung des Beitrages von 30 Rappen pro Mitglied vorsieht. Er macht darauf aufmerksam, dass die weiteren Budgetposten vertrags- oder sonstwie gebunden sind. Er bezeichnet die Beitragsreduzierung im Jahr 1939 als einen grossen Fehler. Auch mit einem Beitrag von Fr. 2.30 werden wir nur ganz knapp auskommen. Eine vollständige Versteuerung der Mitglieder sei unerlässlich, wenn wir nicht schon nächstes Jahr vor der gleichen Situation stehen wollen.

Kollege Emil Brändli glaubt, dass es keine Vorwürfe geben wird, wenn der Vorstand rechtzeitig zu dieser Frage Stellung nimmt. Beitragserhöhungen sind nie populär. Auch er glaubt, dass es ein Fehler war, vor einigen Jahren die Beiträge zu reduzieren. Auch der Rindlisbacher-Handel hat uns zurückgeworfen. Wir haben während 5 Jahren je Fr. 500.- Gemeindesubvention weniger erhalten. Ab 1943 wird die Subvention wieder voll fliessen. Kollege Emil Brändli erachtet es als notwendig, dass ein Erneuerungs- und ein Kampffonds angelegt werden kann.

Kollege Jakob Brunner legt Wert darauf festzustellen, dass auch ohne den leidigen Rindlisbacher-Handel 2 Franken Beitrag nie mehr genügen können.

Kollege Zellweger frägt an, ob bei einem Beitrag von Fr. 2.50 Extrabeiträge für andere Sektionen wegfallen werden. Kollege Josef Flury bejaht dies.

Kollege Heinrich Skrivanek ist nicht Gegner von Beitragserhöhungen, aber das Geld dazu muss vorhanden sein, Die Rechtsauskunft sollte Einnahmen einbringen, besonders von den Nichtorganisierten.

Kollege Fritz Habegger macht ebenfalls auf die prekäre Lage des SBHV aufmerksam. Er habe nur ungefähr einen Drittel der Mitglieder auf dem Platze Biel. Der Bau- und Holzarbeiter-Verband werde sich dem Beschluss der Delegiertenversammlung unterziehen.

Kollege Emil Brändli antwortet Kollege Heinrich Skrivanek, dass die Gemeindesubvention an die unentgeltliche Rechtsauskunft gebunden sei. Wir könnten keine Gebühren einführen, sonst kämen wir in Konflikt mit den Anwälten. Diese Frage müsse weiter geprüft werden. Es werde aber äusserst heikel, den rechten Weg zu finden.

Kollege Max Schneebeli findet es paradox, dass wir beim seinerzeitigen Beitragsabbau den kantonalen Beitrag übernommen haben. So könne nicht weiter gearbeitet werden. Wohl oder übel müssten wir einer Erhöhung zustimmen. Er legt den anwesenden Vertretern nahe, in ihren Sektionen für eine Erhöhung auf Fr. 2.50 einzutreten. Auch in Bezug auf die Teuerungszulage für den Sekretär glaubt er, dass der Vorstand richtig gehandelt hat. Betreffend Beitragsleistung der Sektionen befürchtet er, dass wir einen Präzedenzfall geschaffen haben, als wir vor einigen Jahren dem SBHV entgegen gekommen seien. Es sei zu befürchten, dass der SMUV nun ähnliches verlangen wird. Kollege Josef Flury teilt mit, dass der SMUV seine Beiträge nicht sperre.

Kollege Werner Walter VPOD glaubt auch, dass keine Gebühren für die Rechtsauskunft verlangt werden können. Die Beitragsreduktion von 1939 sei ein Fehler gewesen. Bei Vollversteuerung wäre es vermutlich gegangen. Eine Erhöhung sei nicht zu umgehen. Er möchte aber nur auf Fr. 2.30 gehen und spricht sich gegen Erhöhungen auf lange Sicht aus in diesen unsicheren Zeiten.

Kollege Jakob Brunner betont, dass bei 2 Franken Beitrag nie Extrabeiträge inbegriffen waren. Bei einem Beitrag von Fr. 2.50 würden Extrabeiträge wegfallen, bei Fr. 2.30 hingegen würden Extrabeiträge nicht zu umgehen sein für grössere Aktionen. Es nütze aber nichts, wenn die Delegierten einen Beitrag von Fr. 2.50 beschliessen und dann bei der Versteuerung gestrichen werde.

Kollege Josef Flury glaubt, aus der Diskussion entnehmen zu könne, dass im Allgemeinen Zustimmung vorherrscht. Er wünscht, dass dem Vorstand Richtlinien mitgegeben werden, ob eine Beitragserhöhung von 30 oder 50 Rappen zu beantragen sei.

Kollege Max Schneebeli ist nun doch eher für die kleinere Erhöhung, weil befürchtet werden muss, dass sonst die Mitglieder-Versteuerung darunter leidet.

Kollege Heinrich Skrivanek spricht sich gegen eine Abstimmung aus. Die Vorständekonferenz habe nur beratenden Charakter.

Kollege Jakob Brunner setzt voraus, dass jeder anwesende Kollege sich in seiner Sektion für die Erhöhung einsetze.

Kollege Josef Flury verdankt die Einsicht und Mitarbeit. Von einer Abstimmung wird abgesehen.

Kollege Emil Brändli legt der Versammlung eine Resolution vor, die sich gegen die Teuerung im allgemeinen und die Brotpreiserhöhung im speziellen richtet. Die Resolution soll in der Presse veröffentlicht werden.

Kollege Fasnacht ist gegen eine Resolution. Er glaubt, diese sei verspätet. Hingegen verlangt er Festsetzung vernünftiger landwirtschaftlicher Produktepreise.

Kollege von Büren spricht sich für die Resolution aus. Im Weiteren redet er einem Käuferstreik vor einer Woche das Wort.

Kollege Jakob Brunner glaubt, den Wünschen des Kollegen Fasnacht könne durch einige Änderungen im Text Rechnung getragen werden. Kollege Emil Brändli nimmt die Anregung des Kollegen Fasnacht entgegen. Kollege von Büren erwidert er, dass es ausserordentlich schwierig sei, einen Käuferstreik zu organisieren. Dazu brauche es eiserne Disziplin.

Die Resolution wird mit einer Abänderung im Sinne des Kollegen Fasnacht angenommen.

Kollege Knuchel frägt an, warum die heutige Versammlung nicht Stellung nehme zum Massregelungsfall des Redaktors Paul Fell bei der „Seeländer-Volksstimme“. Kollege Josef Flury teilt ihm mit, dass das Gewerkschaftskartell bis jetzt noch nicht um eine Stellungnahme der betroffenen Sektion angegangen wurde.

Kollege Max Schneebeli weist auf eine Pressemitteilung betreffend ein Bieler Warenhaus, das Teuerungszulagen gegen Lohnabbau auszahlt. Er klärt die Anwesenden auf über die Schwierigkeiten, das Personal der Organisation zuzuführen. Leider muss er auch feststellen, dass es oft prominenten Genossen und Kollegen nicht gelingt, ihre eigenen Söhne und Töchter in die Organisation zu bringen.

Schluss der Versammlung um 22.45 Uhr.

Gewerkschaftskartell Biel. Vorstand. Protokolle 1936-1946. Protokollbuch, gebunden, Handschrift.

Archiv GBLS Biel.

Gewerkschaftskartell Vorstand Protokoll 1942-07-13.docx